

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 11.12.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter (Vertreten)	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion Vertreterin für Bosbach , Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth Vertreterin für Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried (Entschuldigt fehlend)	Fraktion MBM/F.D.P.
Liebe, Luda (Entschuldigt fehlend)	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha (Vertreten)	Fraktion PETO
Scheige, Gerardo Vertreter für Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung

Brock, Hans Peter	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Hein, Manfred	Verwaltung
Opherden, Werner	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 16:08 Uhr

Ende der Sitzung 21:18 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0497 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 26.09.2002 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2002/0434 Änderung der Hundesteuersatzung
- Ö 5. 2002/0423 Vergnügungssteuersatzung
- Ö 6. 2002/0398 Satzung zur 7. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996'
- Ö 7. 2002/0522 Satzung zur 23. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982'
- Ö 8. 2002/0465 Satzung zur 9. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994'
- Ö 9. 2002/0455 Beteiligung am Projekt 'Digitales Ruhrgebiet'
- Ö 10. 2002/0475 Tarife mona mare
- Ö 11. 2002/0485 Investitionszuschuss Tierheim Hilden
- Ö 12. 2002/0331 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2002)
- Ö 13. 2002/0425 Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;
Restfinanzierung der Dachsanierung KG Schellingstraße
- Ö 14. 2002/0444 Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln
hier: Entschädigungen an umlegungs-beteiligte Grundstückseigentümer

- | | | |
|-------|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ö 15. | 2002/0433 | Beteiligungsprojekt zur Gestaltung des Außengeländes der städtischen Kindertagesstätte Oranienburger Straße |
| Ö 16. | 2002/0500 | Hebesatzsatzung für die Realsteuern |
| Ö 17. | 2002/0365 | Baubeschluss für den Ausbau "Ausgleichsfläche Steinacker" |
| Ö 18. | 2002/0499 | Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein |
| Ö 19. | 2002/0501 | Mitteilung
Optimierung der Eigenreinigung |
| Ö 20. | 2002/0520 | Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein |
| Ö 21. | 2002/0521 | Unterbringung der Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge in der Stadt Monheim am Rhein |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |
| Ö 22. | 2002/0506 | Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2003 |
| Ö 23. | 2002/0505 | Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2002 - 2006 |
| Ö 24. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 25. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 26. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 27. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 28. 2002/0498 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 26.09.2002 - nichtöffentlicher Teil -
- NÖ 29. 2002/0469 Vertragsangelegenheit
- NÖ 30. 2002/0466 Vertragsangelegenheit
- NÖ 31. 2002/0496 Abschluss eines Nutzungsvertrages
- NÖ 32. 2002/0418 Vertragsangelegenheit
Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW -
- NÖ 33. 2002/0421 Software SASKIA.de
- NÖ 34. 2002/0514 Stellenplan 2003
- NÖ 35. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 36. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die 19. Sitzung des Haupt und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2002/0497 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten
Sitzung vom 26.09.2002 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2002/0434 Änderung der Hundesteuersatzung

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen, da das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Es würde nichts daran hindern, so lange mit einer Beschlussfassung zu warten.

Der Bürgermeister erklärt, dass dynamische Verweisungen unzulässig sind. In einer zu fertigenden Satzung dürfe nicht dynamisch auf künftig zu fassende Gesetze verwiesen werden. Der Kämmerer bemerkt, dass die 3. Lesung im Landtag für Freitag, den 13.12.02 vorgesehen sei. Der Rat könne dann in seiner am 18.12.2002 den Beschluss fassen.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung daher die Vorlage heute zurück zieht und im Rat nochmals diskutiert und der Beschluss gefasst werde.

Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

Ö 5. 2002/0423 Vergnügungssteuersatzung

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt, entsprechend der Mustersatzung des NWStGB die Beträge im § 3 Abs. 2 wie folgt festzusetzen:

a) Apparate mit Gewinnmöglichkeit: 150,-- €
Apparate ohne Gewinnmöglichkeit 35,-- €

b) Apparate in Gastwirtschaften mit Gewinnmöglichkeit 50,-- €
Apparate in Gastwirtschaften ohne Gewinnmöglichkeit 25,-- €

Ausdrücklich befürwortet werde im Punkt 2c) der Betrag von 400,-- € für Apparate, bei denen Gewalttätigkeiten und dergleichen dargestellt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass die in der Vorlage vorgeschlagene Höhe der Gebührensätze so in Ordnung sei. Irritiert sei er jedoch über die Formulierung im Absatz 2 c) "Apparate, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornografische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben". Er meine, die Würde des Menschen verletzende Praktiken sei schon ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Das könne auch mit einem noch so hohen Betrag nicht abgegolten werden.

Der Bürgermeister erwidert, dass es zu diesem Punkt auch umfassende Rechtsprechung gebe. Ordnungsbehördlich müsste derartiges die Menschenwürde verletzendes untersagt werden. Dieser Punkt sollte nochmals präzisiert werden. Er würde daher anbieten, diesen Punkt bis zur Ratssitzung genau zu klären und die Formulierung dieses Punktes aus der Beschlussfassung heute auszuklammern.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ebenfalls der Meinung, dass die Rechtssicherheit in diesem Punkt wichtig sei. Eine saubere juristische Regelung sei doch notwendig.

Der Bürgermeister erklärt, diesen Punkt aus der Vorlage damit heute auszuklammern und bis zur Ratssitzung zu präzisieren. Über den gegenüber dem Antrag der SPD-Fraktion weitergehenden Vorschlag aus der Vorlage lässt der Bürgermeister sodann abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung mit Ausnahme des § 3 Abs. 2 Buchst. c) beschlossen. Die Satzung ist insoweit Bestandteil des Beschlusses. Über die Formulierung des § 3 Abs. 2 Buchst. c) soll aus Gründen der Rechtssicherheit in der Ratssitzung diskutiert und beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür 9 Stimmen (BM,7 CDU, Grüne)

Dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 6. 2002/0398 Satzung zur 7. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996'

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen in dieser Angelegenheit umfassend beraten habe.

Seitens der SPD-Fraktion wird erklärt, der Vorlage nicht zuzustimmen. Das sollte nicht verwundern, weil alles das bestätigt werde, was man befürchtet habe. Das zeige sich jetzt in der Umsetzung der Gebühren. Das ganze Verfahren sei nicht richtig eingeführt worden. Das Stadtbild sei insbesondere dort, wo die Müllbehälter stehen, schmutziger geworden.

Von der CDU-Fraktion wird ausgeführt, dass die Restmüllmenge um ca. 30% zurückgegangen ist, sei unbestritten. Zweitens streite niemand die Schwierigkeiten bei der Einführung des Verwiegesystems ab. Drittens müsse darauf hingewiesen werden, dass es in den Bereichen, wo es nach Ansicht der SPD-Fraktion schmutziger aussieht, auch eine Verantwortlichkeit des Vermieters gibt, nämlich seine Mieter zu informieren und in das Handling einzuführen. Verschiedene Dinge wären sicherlich, wenn er das getan hätte, vermieden worden. Wenn man dann desweiteren auf die Liste der Gebührensätze Abfallentsorgung blicke und zudem die jetzigen Sätze der Gebührensatzung hinzuziehe, könne keine Rede davon sein, dass alles teurer wird. Gewiss gebe es eine Umschichtung und zwar dahin, dass dort, wo mehr Müll produziert wird, auch mehr bezahlt werden muss. Das sei so die Absicht. Die CDU-Fraktion werde bei dem Verwiegesystem bleiben.

Der Bürgermeister weist nochmals auf die verteilte Liste über die Gebührensätze Abfallentsorgung hin. Dort sei sehr schön die Entwicklung der Zahlen zu sehen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur 7. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996 in der Fassung vom 26.06.2001“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)

Dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 7. 2002/0522 Satzung zur 23. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982'

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur 23. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 8. 2002/0465 Satzung zur 9. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994'

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur 9. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2002/0455 Beteiligung am Projekt 'Digitales Ruhrgebiet'

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die mit der Beteiligung an der Besitzgesellschaft verbundenen Verhandlungen zu führen und die notwendigen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2002/0475 Tarife mona mare

Die SPD-Fraktion hält die Erhöhung der Grundtarife für deutlich zu hoch. Um das Bad auch für den Durchschnittsverdiener bezahlbar zu halten, werden folgende Änderungen bei den Grundtarifen beantragt:

- Erwachsene statt 4,00 € = 3,50 €
- Jugendliche statt 2,50 € = 2,20 €
- Familien statt 9,00 € = 8,50 €

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, grundsätzlich marktgerechte Tarife anzubieten und die Tarifstruktur im Hinblick auf mehr Transparenz zu überdenken. Konkret wird von ihm folgender Änderungsantrag gestellt:

1. Grundsätzlich sind alle Kinder einer Familie unter den Familientarif zu subsummieren. Der Familientarif umschließt somit sämtliche Kinder einer Familie, sofern sie unter den Begriff des Kindes fallen,
2. Kinder bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres können zukünftig frei in das Bad.

Alle anderen Tarifveränderungen würden die Grünen mit tragen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass eine Anpassung der Gebühren an den Markt erfolgen muss, da ja auch die Kosten gestiegen sind. Es sollte aber künftig über einen Tarif öfter beraten werden, was ja nicht unbedingt auch eine Erhöhung der Tarife zur Folge haben müsse. Bezüglich der Tarifstruktur sei man an einer familienfreundlichen einfachen Handhabung der Tarife, die nicht zu dauernden Streitigkeiten führt, interessiert. Ein weiterer Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, dass die vorgesehene Staffelung in den Tarifstellen nicht nachvollziehbar sei. Wegen der Tariftransparenz und Vereinfachung des Gebührentarifs beantrage er daher die Streichung der mittleren drei Zeilen - "Zeitzuschlag, Kosten bei 4 Stunden, Ta-gestarif" - bei allen drei Tarifbereichen (Erwachsene, Jugendliche, Familie). So könne er der Vorlage nicht zustimmen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion betont, es sei ein wichtiges Anliegen, dass es einen kleinen Grundbetrag für Leute gibt, die für eine kurze Zeit schwimmen gehen wollen und nicht längere Zeit oder den ganzen Tag im Bad verbringen möchten. Der Antrag sei unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Der Vorsitzende der Grünen bemerkt zum Antrag des Sprechers der CDU-Fraktion, dass der billigere Tarif nicht Tagesstarif werden könne. Darüber müsse in dem Zusammenhang auch nachgedacht werden.

Der Bürgermeister empfiehlt zum weiteren Verfahren, die drei Anregungen bzw. Anträge bis zur entscheidenden Ratssitzung so aufzubereiten, dass diese Dinge für jeden mit Erläuterungen und mit Währungsbezug hinterlegt werden.

Der Tagesordnungspunkt wird mit den Anregungen bzw. Anträgen bis zur Ratssitzung vertagt.

Ö 11. 2002/0485 Investitionszuschuss Tierheim Hilden

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dem Beschlussvorschlag in den Punkten 1 - 3 zuzustimmen. Den Punkt 4 des Beschlussvorschlages würde man nicht mittragen, da dies eine Knebelung des Vereins auf längere Zeit bedeute.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Punkt 4 mehr deklaratorischen Charakter bzw. lediglich eine Appellfunktion habe. Selbst wenn der Verein einen Zuschuss beantragen würde, hindere ja nichts daran, diesen dann abzulehnen. Von daher könne der Punkt 4 auch im Beschluss verbleiben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, er gehe davon aus, dass der Tierschutzverein Hilden eine konkrete Planung hat, wie das Tierheim aussehen soll. Man habe sich jetzt auf den Zuschuss von 25.000,-- € geeinigt. Damit werde ausgeschlossen, dass dann scheinbar für ein Jahr entsprechende Zuschussanträge gestellt werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt, über die Punkte 1-3 und über Punkt 4 getrennt abzustimmen.

Der Ausschuss beschließt:

1. Der Tier- und Naturschutzverein Hilden e.V. erhält für die Errichtung eines Kleintierhauses einen Investitionszuschuss in Höhe von €25.000,--.
2. Die Freigabe erfolgt nach Vorlage aussagekräftiger Belege durch den Haupt- und Finanzausschuss mit der Maßgabe, dass sich die Stadt Langenfeld in gleicher Höhe beteiligt.
3. Nach Abschluß der Maßnahme hat der Verein einen Verwendungsnachweis zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Der Verein hat gegenüber der Stadt Monheim am Rhein vor Inanspruchnahme der Mittel schriftlich zu erklären, bis zum Ablauf des Jahres 2008 keine weiteren Investitionsanträge für das Tierheim zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 12. 2002/0331 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2002)

Der Ausschuss beschließt:

Die zweckgebundene, pauschalierte Zuweisung gem. § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 (GFG) in Höhe von 11.313,64 € wird entsprechend dem Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung vom 17.06.2002 und den vorliegenden Anträgen, zur Förderung der nachfolgenden Projekte eingesetzt:

Träger	Projekt	Betrag
Kath. Pfarramt St. Gereon (Anlage 1)	Projektpartnerschaft mit dem Ort Monteredondo in Kolumbien	1.062,72 €
Evangelische Kirchengemeinde Monheim (Anlage 2)	Partnerschaft zu dem Lukajange Distrikt der Karagwe Diözese in Tansania	1.062,72 €
Geschwister-Scholl-Schule	Patenschule in Brasilien	1.062,72 €

(Anlage 3)		
Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius (Anlage 4)	Unterstützung des „Marie Adelaide Leprosys Centre“ in Karatschi	1.062,72 €
VIET KID e. V. (Anlage 5)	Projektzuschuss für Kinder in Vietnam	1.062,72 €
Stadt Monheim am Rhein	Maßnahmen der lokalen Agenda 21: Aktionen des Frauenforums, Musikschule, Veranstaltungsplanung, Info-Material, Referentenhonorare	6.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 13. 2002/0425 Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;
Restfinanzierung der Dachsanierung KG Schellingstraße**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß § 82 Abs. 1 GO i.V. mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung bei der HHSt. 4640.9870.10 – Dachsanierung KG Schellingstraße – in Höhe von 31.500 €erteilt

Die Deckung erfolgt aus der HHSt. 7700.9350.00 – Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 14. 2002/0444 Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln
hier: Entschädigungen an umlegungsbeteiligte
Grundstückseigentümer**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß § 82 Abs. 1 und 2 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein genehmigt der Rat die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 1.200.000 €im Jahre 2002 bei der Haushaltsstelle 2.6140.9320.00 –Entschädigungen für umlegungsbeteiligte Grundstückseigentümer-. Die Deckung erfolgt durch Veranschlagung der Mittel im Haushaltsplan für das Jahr 2003.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 15. 2002/0433 Beteiligungsprojekt zur Gestaltung des Außengeländes der städtischen Kindertagesstätte Oranienburger Straße

Der Ausschuss beschließt:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Gestaltung des Außengeländes der städtischen Kindertagesstätte Oranienburger Straße zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss die Bereitstellung der im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel für das Jahr 2003.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 16. 2002/0500 Hebesatzsatzung für die Realsteuern

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, man bedauere, der Vorlage zustimmen zu müssen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz gebe einen Handlungsrahmen vor. Das Gesetz gehe von der landesweiten Durchschnittsquote aus, die bei der Grundsteuer bei 381% und bei der Gewerbesteuer bei 403% liege. Wenn man jetzt entsprechend der Vorlage beschließen würde (380% und 405%), läge man fast genau bei den Durchschnittswerten. Wenn die Stadt Monheim am Rhein nicht mitziehen würde, hätte man weniger Steuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen würden gekürzt. Die Stadt würde also dafür bestraft, dass man die Lasten für die Bürger und Gewerbetreibenden nicht erhöht. Das sei ein trauriger Fakt. Man komme aber um diese Erhöhung nicht umhin, wenn man nicht die Haushaltslage entgegen den Maßgaben des Gemeindefinanzierungsgesetzes verschlechtern wolle und wenn man nicht das Risiko eingehen wolle, dass - weil man im Haushaltssicherungsgesetz sei - von der Genehmigungsbehörde die entsprechende Genehmigung des Haushaltes nicht ausgesprochen bekomme.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, vom Grundsatz her der Erhöhung der Gewerbesteuer auf 405% - wenn dieser Betrag dann reicht- zuzustimmen. Der Erhöhung der Grundsteuer B von 360% auf 380% werde man allerdings nicht zustimmen, da dies doch eine spürbare Auswirkung für die Bürger habe.

Aufgrund des Antrages der Vorsitzenden der SPD-Fraktion wird über die einzelnen Hebesätze getrennt abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird auf 405% festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- b) Der Hebesatz für die Grundsteuer A wird auf 190% festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- c) Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird auf 380% festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU,Grüne)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 17. 2002/0365 Baubeschluss für den Ausbau "Ausgleichsfläche Steinacker"

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung diese Vorlage zurückzieht, da noch hausinterner Beratungsbedarf besteht. Die Vorlage werde rechtzeitig nochmals zugeleitet.

Ö 18. 2002/0499 Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein

Im Laufe der sich ergebenden Diskussion stellt die CDU-Fraktion den Antrag, dass

- die Aufschaltung auf die Kreisleitstelle von der Verwaltung eingehend geprüft wird im Hinblick auf die technische Machbarkeit und die Auswirkungen im Hinblick auf die Sicherheit und auf das, was im Rahmen des Brandschutzes gefordert ist,
- die Einsparungen bei den Sachkosten geprüft und dargestellt werden und wie das die personelle Situation bei der Feuerwehr beeinflussen würde,
- im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit nach Möglichkeiten gesucht und überprüft wird, wie man im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz mit den Nachbarstädten zusammenarbeiten kann (z.B. Langenfeld) und ob dadurch eine Entspannung der personellen Situation erreicht werden kann.

Der Sachstandsbericht zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Monheim am Rhein wird zur Kenntnis genommen. Die haushaltsrelevanten Dinge werden im Haushalt für das Jahr 2003 berücksichtigt.

Der Auftrag der CDU-Fraktion wird zur weiteren Prüfung an die Verwaltung verwiesen. Die weitere Beratung erfolgt 2003.

**Ö 19. 2002/0501 Mitteilung
Optimierung der Eigenreinigung**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob es einmal eine Darstellung darüber geben werde, wie die Schulleiter als Ansprechpartner reagieren und ob es auch Reklamationen aus der Elternschaft gibt.

Nach weitere Diskussion bemerkt der Bürgermeister, den Hinweis der SPD-Fraktion aufzunehmen und nach der Optimierung der Reinigung ein Beschwerdemanagement einzurichten. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion entgegnet, es gehe nur darum, das man auch hier erfahre, wenn es ganz begründete Reklamationen gibt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Ö 20. 2002/0520 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein

Die Verwaltung teilt mit, dass aufgrund der Gespräche mit den Krankenkassen vom vergangenen Montag die Satzung noch etwas korrigiert werden müsse. Man habe Unterdeckungen bzw. Überdeckungen bei den Krankentransportwagen bzw. Rettungstransportwagen, die ausgeglichen werden müssen. Danach würden sich die Gebühren für den Krankentransport auf 99,07 € erhöhen und die Gebühren für den Rettungstransport auf 286,59 € verringern. Das sei der aktuelle mit den Krankenkassen ausgehandelte Stand.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein vom 27.12.1999 wird mit den geänderten Gebührensätzen unter **Vorschlag ab 01/2003** bei Ziffer 1a) mit 99,07 € und bei Ziffer 1b) mit 286,59 € beschlossen. Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Für die Ratssitzung wird eine neue Vorlage erstellt.

Ö 21. 2002/0521 Unterbringung der Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge in der Stadt Monheim am Rhein

Die Sachdarstellung zur Unterbringung der Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge wird zur Kenntnis genommen.

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 18.04 Uhr

Es werden keine Fragen gestellt.

Ende: 18.04 Uhr

Ö 22. 2002/0506 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2003

Der Bürgermeister ruft gemäß Teil C des Haushaltsbuches die einzelnen Produkte Seite für Seite auf. Auf die Änderungen aus der Änderungsliste wird von ihm bei den betreffenden Stellen hingewiesen. Zudem ergeben sich folgende Beratungspunkte:

Verwaltungshaushalt

Produkt 2.1.02 (S. 202)

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt einen Antrag im Zusammenhang mit den Zielvereinbarungen und einen Antrag im Zusammenhang mit dem Vermögenshaushalt. Man wisse um die Heftigkeit der Diskussion über den Wegfall der Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, auf dem OHG-Sportplatz Fußball zu spielen. Man könne sich aus rechtlicher Sicht vom Grundsatz her auch nicht anders entscheiden. Die allgemein verbindliche Aufforderung an die Verwaltung, einen anderen Standort zu suchen, reiche nicht. Man wolle, dass als Zielvereinbarung für das kommende Jahr aufgenommen wird, dass die Verwaltung sich um die Ausweisung eines Alternativstandortes kümmert mit dem Ziel, dass im Stadtgebiet Ortsteil Monheim ein Bolzplatz unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer Drittfinanzierung im wesentlichen durch Zuschüsse des Landes aus Mitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf und durch Mittel der Sparkassenstiftung errichtet wird. Da der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt getrennt beraten werde, stelle er jetzt zunächst den Antrag auf Aufnahme einer entsprechenden Zielvereinbarung. Für den Antrag zum Vermögenshaushalt gehe man von einer Bezugsgröße von 30.000,-- € aus, der dort etatisiert werden sollte.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Landesförderung im Projekt Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf ausläuft und zum anderen stiftungsrechtlich nichts zu machen ist. Der Betrag von 30.000,--€ zugunsten der Stadt dürfe nicht anfallen. Es müsse also ein privater Träger gefunden werden.

Seitens der CDU-Fraktion wird geäußert, der Aufnahme einer Zielvereinbarung stehe nichts im Wege. Das würde zunächst auch ausreichen. Es bestehe auch das stiftungsrechtliche Problem, dafür eine Haushaltsstelle zu schaffen. Das sei auch zur Zeit nicht unbedingt notwendig, da es zunächst eine verwaltungsinterne Prüfaufgabe ist. Mittel sollten auch deshalb noch nicht in den Haushalt eingestellt werden, da die Kosten enorm schwanken können.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion bemerkt, dass man sich Mitte Februar im Fachausschuss bereits damit beschäftigen werde. Bis dahin sei die Verwaltung gefordert, Alternativgrundstücke zu suchen und zur Verfügung zu stellen. Es würde nichts verschlagen, dass als Zielvereinbarung jetzt zu konkretisieren. Das mache die ganze Sache nur deutlicher.

Der Bürgermeister formuliert die Zielvereinbarung wie folgt:

"Die Verwaltung wird aufgefordert, Alternativ-Standorte für einen Bolzplatz in Monheim zu suchen, die den wegfallenden Bolzplatz am Otto-Hahn-Gymnasium dann ersetzen".

Der Aufnahme dieser Zielvereinbarung wird **einstimmig** zugestimmt.

Der Antrag auf Einstellung eines Betrages von 30.000,-- € in den Vermögenshaushalt wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Produkt 3.2.31 - Marke Monheim e.V. -(S. 248)

Der Bürgermeister teilt mit, dass hier ein Antrag zur Debatte stehe, der im Kulturausschuss nicht mehr behandelt worden ist. Es gehe um die Zahlung eines Mitgliedsbeitrages der Stadt in Höhe von 30.000,-- € für "Marke Monheim e.V."

Die Verwaltung führt aus, die Arbeit des Vereins werde sehr gut angenommen. In dem Büro herrsche ständig Betrieb. Die Personalkosteneinsparung bei der Stadt entspreche in etwa dem vorgeschlagenen Mitgliedsbeitrag. Außerdem hätte die Mitgliedschaft der Stadt im Landesverkehrsverband durch die Arbeit von "Marke Monheim e.V." gekündigt werden können. Der Betrag von 30.000,-- € sei für die Stadt sehr preiswert.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, es werden von "Marke Monheim e.V." eine Menge Dinge wahrgenommen, die eigentlich originäre Aufgaben der Stadt sind. Der Verein sei im

Grunde eine gute Sache. Es sei auch gut, dass die Stadt Monheim einer von vielen Mitgliedern und Beitragszahlern ist. Aber einem Mitgliedsbeitrag in einer derartigen Höhe und als städtische Mittel für städtische Aufgaben ohne irgendeine Kontrolle werde man so nicht zustimmen. Ein anderer Begriff als "Mitgliedsbeitrag" sei sicherlich auch richtiger.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass das, was man als Gegenleistung erhalte, nach seiner Einschätzung den Betrag von 30.000,- € bei weitem überwiege. Die CDU-Fraktion werde dem so zustimmen.

Der Bürgermeister erklärt, dass man deutliche und klare Kontrollinstrumente habe. Der Bürgermeister ist kraft seines Amtes Vorsitzender der "Marke Monheim e.V.". Kontrolle könne auch jedes Mitglied ausüben. Eine strikte Kontrolle würde auch durch die städtische Rechnungsprüfung stattfinden. Es gebe somit keinen unkontrollierten Selbstläufer.

Der Ausschuss beschließt:

Dem Verein "Marke Monheim e.V." wird für das Jahr 2003 ein Mitgliedsbeitrag in Höhe von 30.000,- € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Vermögenshaushalt

Einzelplan 3

Die CDU-Fraktion beantragt, bei Produkt 3.1.02 (Unterabschnitt 2300) die Einsetzung eines Betrages von 35.000,- € für einen multimedialen Fachraum am Otto-Hahn-Gymnasium.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsausgaberesten aus Vorjahren.

Die CDU-Fraktion beantragt, das Mobilar der Bücherei (Lesecke) zu erneuern. Der Bürgermeister entgegnet, dass dieser Antrag bereits berücksichtigt ist. Die Finanzierung erfolgt wie auch beim vorherigen Antrag aus Haushaltsausgaberesten aus Vorjahren.

Einzelplan 4 (S. 398)

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Ansätze für Spielplatzgeräte und Herrichten von Kinderspielflächen jeweils auf den Ansatz der mittelfristigen Finanzplanung angehoben werden, d.h. von 20.000,- € auf 40.000,- €. Die Finanzierung erfolge ebenfalls aus Haushaltsausgaberesten.

Einzelplan 8

Produkt 4.1.61 - Mehrzweckhalle - Haushaltsstelle 8810.9500.00

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt zu der Situation Mehrzweckhalle aus, dass die bisher genutzte sogenannte Festhalle in dem Umfang, in dem sie bisher genutzt worden ist, aus den verschiedensten baurechtlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen wird und wohl auch in nächster Zukunft generell nicht mehr vorhanden sein wird. Großveranstaltungen sind in letzter Zeit schon fast ausschließlich als Zeltveranstaltungen durchgeführt worden. Es stellt sich somit die Frage, wo werden künftig die vielen kleineren Veranstaltungen in Monheim durchgeführt.

Die CDU-Fraktion beantragt daher, vom derzeitigen Grundstückseigentümer des Grundstückes an der Robert-Koch-Straße, für das eine Bebauungsplanung erstellt worden ist, die dort eine Gewerbeansiedlung vorsah, die nicht zum Tragen kommt, dieses Grundstück zurückzukaufen. Ein Angebot des Grundstückseigentümers liegt vor. Man schlage daher vor, bei der Position "Kauf von Grundstücken" eine Ansatzserhöhung in einer Größenordnung von 400.000,- € vorzunehmen. Damit verbinde man die Absicht, dieses Grundstück nicht nur zu erwerben, sondern nach Parzellierung und erneuter Überplanung für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Erfahrungsgemäß ergebe sich kein Problem, diese aufparzellierten Grundstücke wieder zu veräußern. Demzufolge könne man dann die Position "Verkauf von Grundstücken" um etwa 1,1 Mio. € erhöhen. Wenn man das so durchführen würde, ergibt sich allein an der Stelle bei den Liegenschaften eine Einnahme von rund 700.000,- € Zusammen mit dem verfügbaren Rest aus den Haushaltsausgaberesten käme man dann auf eine Größenordnung von rund 1,1 Mio. € Man schlage vor, diesen Betrag zunächst für die Planung und dann für die Errichtung einer Mehrzweckhalle zu verwenden. Die Grundstücksfrage und der Standort müssen überprüft werden. Es gibt ein architektonisches Muster, wie eine Halle aussehen soll. Wichtig sei, dass die Stadt zwar Eigentümer der Halle ist, aber in der weiteren Konzeption müsse die Halle von vornherein verpachtet werden.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird von der Vorsitzenden der SPD-Fraktion erklärt, dass die Diskussion um eine Halle notwendig ist, sei völlig unstrittig. Man sehe auch die Problematik, wenn die jetzige Halle geschlossen werden müsse und was dann in Monheim passiere. Genau aus dem Grund habe man im Fachausschuss beantragt, dass eine Zielvereinbarung getroffen wird, ein Konzept zu erarbeiten. Von einem Konzept erwarte sie mehr. Vieles müsse überhaupt geklärt werden. Die SPD-Fraktion beantrage, genau diese Geld, was sich errechnen lasse und zum Teil auch übrig ist, einzusetzen für eine Zuführung zum Eigenkapital der MVV in Höhe von 1,5 Mio € Dies sei genau der Betrag, der der Stadt im Rahmen der Gewinnausschüttung im letzten Jahr wieder zugeführt worden sei, obwohl das Unternehmen in einer Verlustsituation gewesen sei. Zur Sicherung des Unternehmens und der Aufgabe der MVV für die Zukunft der Stadt sollte das Geld zugeführt werden. Dies sei die Vorstellung, die die SPD-Fraktion habe. Dem Antrag der CDU-Fraktion werde man nicht zustimmen. Man unterstreiche aber nochmals ausdrücklich die Notwendigkeit der Erstellung eines Konzeptes für die Hallen in dieser Stadt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass man keine Alternativvorschläge habe. Er würde sich heute zunächst der Stimme enthalten. Am Montag würde man dann in der Fraktion beraten. Das mindeste, was er von dem Antragsteller erwartet habe, sei ein schriftlicher Antrag. Ein mündlicher Antrag in einer derartigen brisanten Angelegenheit und dann am Ende der Haushaltsberatungen sei ihm zu wenig. Aber ein schriftlicher Antrag könne ja noch nachgeholt werden. Desweiteren sollte im Hinblick auf die Grundstückssituation sehr zügig vorgegangen und Fakten geschaffen werden, bevor der Grundstückseigentümer sich das anders überlegt. Alles andere könne im Rat diskutiert werden. Die bisherigen Ausführungen zum Antrag der CDU-Fraktion halte er für sehr oberflächlich. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt könne er einem solchen Vorhaben nicht so einfach zustimmen.

Abstimmungsergebnisse:

Antrag der SPD-Fraktion auf Zuführung von 1,5 Mio € zur Eigenkapitalaufstockung an die MVV

dafür 5 Stimmen (SPD)

dagegen 8 Stimmen (BM, 7 CDU)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Zu den Haushaltspositionen erklärt der Kämmerer:

Die Einnahmeposition "Verkauf von Grundstücken" wird um 1,1 Mio €aufgestockt und die Ausgabeposition "Gründerwerbs- und Nebenkosten" wird um 400.000,-- €aufgestockt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Kämmerer erklärt, bei Unterabschnitt 8810 - Sonstiges Grundvermögen - (S.434 im Haushaltsbuch) eine Ausgabeposition "Mehrzweckhalle" mit einem Betrag von 700.000,-- € was der aus dem Haushalt 2003 zu finanzierende Betrag sei, einzurichten.

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)
dagegen 5 Stimmen (SPD)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Der Bürgermeister bemerkt, es obliege dem Antragsteller, diesen Antrag möglicherweise noch schriftlich zu fixieren, damit er in den Fraktionen intensiver und detailliert beraten werden kann.

Nach Abschluss der Beratungen des Haushaltsbuches - Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt - empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2003 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung,

beschlossen hat, angenommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)
dagegen 5 Stimmen (SPD)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 23. 2002/0505 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2002 - 2006

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2003 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2003 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2002 bis 2006 aufgenommen.

Das so zu berichtigende Investitionsprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)
dagegen 5 Stimmen (SPD)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 24. Mündliche Mitteilungen

Esgibt keine mündlichen Mitteilungen.

Ö 25. Mündliche Anfragen

Ö 25.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Göbel (CDU); "Beleuchtung Sportplatz OHG"

Ratsherr Göbel führt aus, dass er kürzlich spät abends bzw. nachts zu einer Sportveranstaltung in der OHG- Sporthalle gewesen sei. Wenn man dann zu später Stunde aus der Halle heraus komme, ist es auf dem Platz stockdunkel. Er fragt, ob es möglich ist, dort eine Beleuchtung anzubringen.

Der Bürgermeister beauftragt das Gebäudemanagement, die Möglichkeiten zu prüfen und ganz unkonventionell im gegebenen Rahmen eine nicht aufwendige Beleuchtung anzubringen.

Ö 25.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Schmidt (SPD); "Alternativangebote Ausschreibung ppp-Projekt"

Ratsherr Schmidt fragt:

1. Ist es bei der europaweiten Ausschreibung des ppp-Projektes zulässig, auch Alternativen wie z.B. einen Neubau am Berliner Platz mit anbieten zu lassen.?
2. Welche Konsequenzen hätte ein Alternativangebot für das bereits eingeleitete Schulmitwirkungsverfahren ?

Ratsherr Schmidt bittet um möglichst schnelle schriftliche Beantwortung.